

Befreiung des Handels aus den Fängen des Militärs

Burma: Fairer Handel, »Deglobalisierung« und andere Alternativen?

von Alfred Oehlers

»Sie diskutieren über Anti-Neoliberalismus. Ich denke, wir müssen in Burma erst einmal eine Stufe erreichen, auf der so etwas wie Liberalismus existiert«

Aung San Suu Kyi, Rede vor dem Asian Social Forum, 7. Januar 2003.

In internationalen Kreisen hat sich die Debatte über handelsbezogene Fragen in den letzten Jahren stark vorwärts bewegt. Durch eine Reihe erfolgreicher Proteste und Kampagnen angestoßen, konstruierten progressive Wissenschaftler und Aktivisten einen wirksamen Gegenentwurf in Opposition zu der von den führenden westlichen kapitalistischen Staaten und der von internationalen Organisationen wie der *Welthandelsorganisation* (WTO), der Weltbank und dem *Internationalen Währungsfonds* (IMF) favorisierten Agenda. Obwohl im Zuge der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 in den USA Rückschläge in Kauf genommen werden mussten, ist der Schwung wieder da und die Debatte geht weiter. Dies gilt besonders für die Bereiche des Handels, in denen es Bemühungen gab, Initiativen von Fairem Handel, »De-Globalisierung«, lokalem wirtschaftlichen Management und Entwicklung und »Globalisierung von unten« als Alternativen zum neoliberalen Handelsregime zu verbinden.

Die weitere Vertiefung dieser Initiativen wird sicher höchst bedeutsam für eine große Zahl von Entwicklungsländern sein. Es muss jedoch anerkannt werden, dass zumindest in einem Fall die Bedeutung solcher Alternativen begrenzt sein wird. Wie schon die eingangs zitierten Worte Daw Aung San Suu Kyis ausdrücken, ist unter gegenwärtigen Umständen der Kampf in Burma auf etwas wesentlich Grundlegenderes ausgerich-

tet — auf ein *liberaleres* und *freieres* Handelsregime — an Vorstellungen eines »Fairen Handels« ist derzeit kaum zu denken. Überdies muss jegliche Diskussion um alternative Formen wirtschaftlicher Kontrolle und Organisation die Tatsache zum Ausgangspunkt nehmen, dass in Burma eine höchst skrupellose repressive Militärjunta an der Macht ist. Das macht es höchst unwahrscheinlich, dass Versuche von »De-Globalisierung« oder »Lokalisierung« ernsthaft den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. In diesem Aufsatz wird versucht, beide Punkte zu diskutieren.

»Unfreier« Handel in Burma

Handel ist ein wichtiger Teil der Wirtschaft in Burma, der seit den Achtziger Jahren etwa 20 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmacht. Dem ansehnlichen Handelsvolumen kommt beträchtliche strategische Bedeutung zu, Handel ist höchst lukrativ. Daher überrascht es nicht, dass dieser Sektor eine der ersten Bereiche war, die die Junta unter Kontrolle zu bringen gedachte, als 1988 der *State Law and Order Restoration Council* (SLORC) die Macht übernahm. Seither haben der SLORC — und seine jüngste Reinkarnation, der *State Peace and Development Council* (SPDC) — ein verbobenes Netz formeller und informeller Kontrollen über den Handel in

Burma gesponnen. Heute ist es unmöglich, eine bedeutsame Handelsaktivität zu finden, die nicht unter militärischer Kontrolle oder Beeinflussung steht. Das ist genau der Grund, warum Daw Aung San Suu Kyi von der Notwendigkeit einer *liberalen* Phase in der Entwicklung Burmas spricht. Der Handel wird derzeit unter höchst *unliberalen* Bedingungen gehandhabt. Es gibt keinen freien Handel in Burma. Handel ist *unfrei*.

Das Ausmaß der Unfreiheit im Handel Burmas ist ganz offensichtlich. Importe und Exporte werden routinemäßig strikt von der Junta geregelt und jegliche Bewegung von Waren wird sorgfältig von den Zollbehörden geprüft. Mit dem Handel verbundene finanzielle Transaktionen müssen die vom Militär kontrollierten Banken passieren und werden mit gleicher Sorgfalt überprüft. Es liegt in der (einschüchternden?) Natur solcher Kontrollen, dass nur sehr wenige Privatpersonen oder Unternehmen erfolgreich im Handel tätig werden. Stattdessen wird der Sektor von Handelsgesellschaften dominiert, die entweder direkt dem Militär gehören oder als »Joint Ventures« aus Verwandten, privilegierten Geschäftsleuten oder Cronies bestehen (z. B. Myawaddy Trading, Union of Myanmar Economic Holdings, Shwe Than

Der Autor ist Professor und Lehrbeauftragter im Fachbereich Wirtschaft an der Auckland University of Technology, Neuseeland

Lwin Trading, Asia World Limited, etc.).

Diese Unternehmen genießen höchst privilegierte Stellungen und konkurrieren nicht gleichberechtigt mit anderen in Burma. Ihre direkten Verbindungen zum Militär garantieren ihnen Vorzugsbehandlung beim Zoll und anderen Behörden. Auch die Banken gewähren großzügige Bedingungen, um die Aktivitäten dieser Unternehmen zu unterstützen, sei es durch bevorzugten Zugang zu Krediten oder ausländischer Devisen. Darüber hinaus erhalten einige Unternehmen spezielle Privilegien von der Militärregierung, die ihnen unbestreitbare Kontrolle über Import und Export bestimmter Waren sichern. Mit Hilfe von Monopolen, Lizenzen, Konzessionen etc. können die Unternehmen ganze Marktsektoren dominieren und diese zur eigenen Bereicherung ausbeuten. Die kleineren Unternehmen, die in periphere Handelsbereiche gezwungen werden, können in Burma dem Militär nicht entkommen. Fast alle Aktivitäten werden der einen oder anderen Form militärischer Prüfung unterzogen, nur allzu oft in Verbindung mit Erpressung und Wucher durch Militärs und mit der Zahlung von Bestechungsgeldern.

So zeigt das Militär auf allen Ebenen vom höchsten Level des Sektors bis hin zum Kleinhandel deutliche Präsenz. Ausgehend von diesem vorherrschenden Einfluss gestaltet sich der Handel in Burma unter keiner der Richtlinien und Normen, die für solche Aktivitäten in anderen Ländern üblich sind. Korruption, Bestechung, Erpressung und Wucher sind weit verbreitet, und auch die allergrundlegendsten Regulierungen und institutionellen Rahmenbedingungen fehlen, um solche Aktivitäten zu fördern. Der Handel reduziert sich im Wesentlichen auf einen Mechanismus zur persönlichen Bereicherung der Militärs und ihrer Cronies. Von *fairer* Handel zu sprechen erscheint in diesem Kontext völlig unangemessen. Eine *Befreiung* des Handels aus der Militärkontrolle muss die erste Priorität

und eine notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Initiativen in Richtung eines fairen Handels sein.

»De-Globalisierung« und »Lokale« Entwicklung: Eine Alternative?

In Verbindung mit freiem Handel richtet sich in progressiven Kreisen der Fokus stark auf »De-Globalisierung« and »Lokalisierung« als



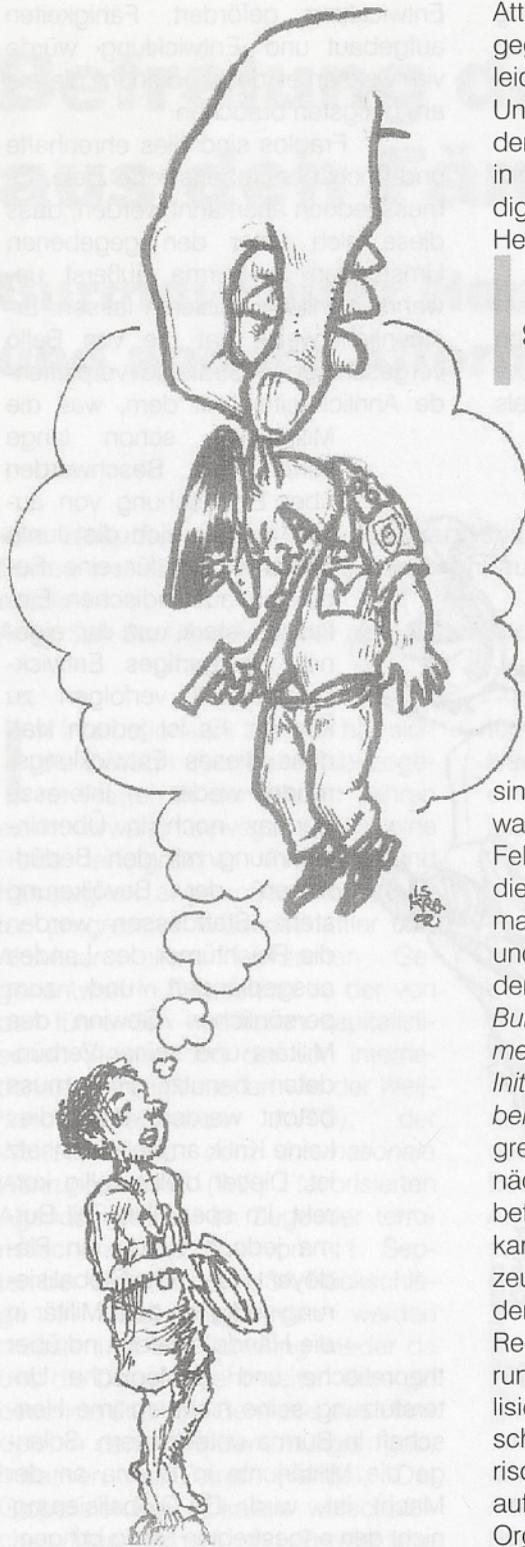
alternative Ansätze zu wirtschaftlichem Management und Organisation. Wie von Walden Bello in seinem bahnbrechendem Buch¹⁾ entwickelt, beinhaltet »De-Globalisierung« eine Verringerung von Macht für internationale Organisationen wie WTO, Weltbank und IMF und einen Transfer dieser Macht auf die nationalen Regierungen, damit diese befähigt werden, geeignete Entwicklungsstrategien zu verfolgen, die den lokalen Umständen und den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst sind. (siehe auch Walden Bellos Artikel S.4) Ergänzend können als Bemühungen in Richtung »Lokalisierung« Ressourcen und Entscheidungsgewalt auf niedrigere Ebenen der Gesellschaft übertragen werden. Hierdurch würde die Partizipation der Bevölkerung an

Entwicklung gefördert, Fähigkeiten aufgebaut und »Entwicklung« würde viel wirksamer denen dienen, die sie am nötigsten brauchen.

Fraglos sind dies ehrenhafte und höchst erstrebenswerte Ziele. Es muss jedoch anerkannt werden, dass diese sich unter den gegebenen Umständen in Burma äußerst unwahrscheinlich realisieren lassen. Erstaunlicherweise hat die von Bello vorgeschlagene Strategie verplüffende Ähnlichkeiten mit dem, was die Militärjunta schon lange vertritt. Mit Beschwerden über Einmischung von außen machte sich die Junta immer schon für eine Reduktion ausländischen Einflusses stark, um ihr eigenes einzigartiges Entwicklungsmodell verfolgen zu können. Es ist jedoch klar, dass dieses Entwicklungsmodell weder im Interesse Burmas noch in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Bevölkerung steht. Stattdessen werden die Reichtümer des Landes ausgeplündert und zum persönlichen Gewinn des Militärs und seiner Verbündeten benutzt. Hier muss betont werden, dass dies keine Kritik an Bellos Ansatz ist. Dieser bleibt völlig korrekt. Im speziellen Fall Burma jedoch würde ein Plädoyer für »De-Globalisierung« lediglich dem Militär in die Hände spielen und über

theoretische und ideologische Unterstützung seine nicht-legitime Herrschaft in Burma untermauern. Solange die Militärjunta in Burma an der Macht ist, wird »De-Globalisierung« nicht den angestrebten Erfolg bringen.

Ähnliche Vorsicht ist hinsichtlich »Lokalisierung« geboten. Unter militärischer Herrschaft fallen regionale Gebiete sehr wirksam in die Zuständigkeit des lokalen Militärkommandos. Darüber hinaus werden regionale Initiativen gewöhnlich von den lokalen Stellen der *Union Solidarity and Development Association* (USDA) ausgeführt. Diese Organisation repräsentiert jedoch alles andere als die lokalen Interessen der Bevölkerung. 1993 von der Junta gegründet, wird sie uneingeschränkt vom Militär und seinen Verbündeten kontrolliert und dient aus-



schließlich entsprechenden Interessen. Angesichts dieser alles beherrschenden Militärkontrolle auf der lokalen Ebene ist es höchst unwahrscheinlich, dass Bemühungen um ›Lokalisierung‹ positive Resultate hervorzubringen vermögen. Stattdessen ist es wahrscheinlicher, dass die Übertragung von Ressourcen und Entscheidungsmacht auf die lokale Ebene positive Initiativen untergraben würde und die Ressourcen direkt in Projekte gelangen, die den Militärinteressen dienen.

Folglich sind ›De-Globalisierung‹ and ›Lokalisierung‹ trotz ihrer

Attraktivität als Alternativen unter den gegebenen Umständen für Burma leider keine machbaren Optionen. Unter der militärischen Kontrolle würden die Bestrebungen verdreht und in Mechanismen verwandelt, die lediglich dazu dienen, die autoritäre Herrschaft zu stärken und zu stützen.

Schlussfolgerungen

Es soll hier noch einmal betont werden, dass dieser Beitrag keinesfalls als Kritik gegen ›fairen‹ Handel, ›De-Globalisierung‹ oder ›Lokalisierung‹ gewertet werden sollte.

Diese Konzepte sind wertvolle Ideen und Initiativen, die in der Mehrzahl der Entwicklungsländer mit hoher Wahrscheinlichkeit positive Resultate erzeugen können. Im Falle Burma jedoch sind solche positiven Ergebnisse unwahrscheinlich. Das ist nicht der Fehler der Initiativen selbst. Es sind die internen Gegebenheiten in Burma, an denen etwas auszusetzen ist und die grundlegend verändert werden müssen. *Die Militärherrschaft in Burma muss zu einem Ende gekommen sein, bevor irgendwelche dieser Initiativen eine Chance auf Erfolg haben werden.* Wenn ›fairer‹ Handel greifen soll, muss der Handel zunächst aus den Fängen des Militärs befreit werden. ›De-Globalisierung‹ kann erst handfeste Ergebnisse erzeugen, wenn wieder eine ernsthaft demokratische und repräsentative Regierung im Amt ist. Zur Realisierung des vollen Potentials von ›Lokalisierung‹ muss zunächst die tückische und alles beherrschende militärische Kontrolle über die Gemeinden aufgehoben und durch grassroots Organisationen ersetzt werden, die ernsthaft die lokalen Bedürfnisse und Wünsche repräsentieren.

Selbstverständlich ist das Absetzen des Militärregimes ein langfristiges Ziel. In der Zwischenzeit kann jedoch eine Menge getan werden, den Spielraum des Regimes zu verringern und seinen Zusammenbruch zu beschleunigen. Im Bereich Handel spielen internationale Sanktionen exakt diese Rolle. Um ein Beispiel zu geben: Kürzlich besuchte der Außenminister des Regimes einige Nachbarstaaten im Bestreben, Handel und ausländische Investitionen in

Burma zu fördern. Ihm zufolge vertritt Burma nun eine ›Politik der offenen Türe‹ und heißt Handel und Investitionen aus allen Ländern willkommen. Es gäbe darüber hinaus die Bereitschaft, so der Außenminister, Handels- und Investitionsverträge mit anderen Regierungen abzuschließen, um derartige Beziehungen zu erweitern.

Dies ist nichts weiter als der verzweifelte Versuch des Militärs, das Land an den meistbietenden auszuverkaufen, und alles für den eigenen Gewinn. Es sollte jeder Versuch unternommen werden, die Bemühungen des Regimes in diesem Bereich zu vereiteln. Leider gibt es jedoch keinen Mangel an Regierungen in der Region, die gewillt sind, auf die Angebote des Regimes einzugehen. Bisher haben Thailand, Bangladesch und China (inklusive der provinziellen Regierung Yunan) mit Eifer geantwortet. Indien hat erst kürzlich ein Handelsabkommen mit der Junta unterschrieben. Diese und andere Regierungen sollten darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie mit einem nicht-legitimierten Regime verhandeln. Die Gültigkeit jeglicher Verträge muss konsequenterweise in Frage gestellt werden.

Für die Menschen in Burma ist es wichtig zu verhindern, dass das Regime weitere Handelsverträge abschließt. Angesichts ihrer Verzweiflung wird die Junta vermutlich auch die ungünstigsten und unvorteilhaftesten Vertragsbedingungen in Kauf nehmen, um Handel und Investitionen in Gang zu bringen. Dies jedoch bedeutet, dass der einfache Burmese in doppelter Hinsicht gefangen sein wird. Er wird nicht nur gegen das unterdrückende Militärregime zuhause zu kämpfen haben, sondern darüber hinaus gegen ein höchst unfaires und ausbeuterisches Handelssystem auf regionaler und internationaler Ebene. Eine solche Aussicht wird das Leid des burmesischen Volkes nur weiter intensivieren. Es sollte alles getan werden, das abzuwenden.

Literatur

- 1) Walden Bello, *Deglobalization: Ideas for a New World Economy*, Zed Books, 2002.

Übersetzung aus dem Englischen von
Gudrun Witte.